

Zeitschrift: Appenzellische Jahrbücher
Herausgeber: Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft
Band: 143 (2016)

Artikel: Hans Konrad Sonderegger : der erfolgreichste Gegner des Appenzeller Freisinns
Autor: Demuth, Yves
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632529>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hans Konrad Sonderegger

Der erfolgreichste Gegner des Appenzeller Freisinns

YVES DEMUTH

Das Verdict der Stimmbürger Ausserrhodens an jenem Sonntag im Hochsommer 1934 war «eine Art Revolte gegen alles, was bisher im Ausserrhoder Ländchen führend war.»¹ An jenem 22. Juli wurde erstmals ein nicht-freisinniger Kandidat in den Ständerat gewählt.² Bis heute der Einzige³. Der Freiwirtschafter Hans Konrad Sonderegger von Heiden schlug seinen Kontrahenten von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FDP)⁴ im zweiten Wahlgang um 713 Stimmen überraschend klar.⁵ Der umstrittene Anwalt und Journalist erhielt 53,7 Prozent der Stimmen. Und dies, obwohl ihn nicht einmal die Sozialdemokraten unterstützt hatten⁶ und er als «Schwundgeldapostel» heftig bekämpft worden war.⁷ Sein Gegner, Kantonsratspräsident Arnold Altherr aus Speicher, überzeugte zwar die Wähler im Hinter- und Mittelland.⁸ Im Vorderland sowie in Herisau, Teufen und Urnäsch punktete jedoch der angriffige Aussenseiter Sonderegger, den die Appenzeller auch HKS oder Haka nannten.

Sonderegger feierte seine Wahl am Sonntag mit Freunden, Freiwirtschaftern und Wählern in Heiden. Die Musikgesellschaft spielte auf, HKS dankte «dem Volke für seine Treue» und bat «alle Bürger weiter um Vertrauen». Die Männerchöre Harmonie und Frohsinn umrahmten seine Ansprache mit «gutgewählten, stimmungsvollen Vorträgen.» Die Kantonsbehörden blieben der Feier entgegen dem Brauch jedoch fern und überbrachten keine offizielle Gratulation. Unbeeindruckt davon fand am Abend die inoffizielle Nachfeier im Heidler Lindensaal statt. Vor dem Nachhausegehen stimmten die Männer unter freiem Nachthimmel das «Vaterlandslied» an.⁹

Dem Überraschungssieger sollte in den folgenden zehn Jahren eine steile nationale Politkarriere gelingen. Erst 1943 stoppte ein Landesverratsvorwurf Sondereggers Aufstieg abrupt, leitete seinen tiefen politischen Fall ein sowie seine gesellschaftliche Ächtung¹⁰ und führte 1944 zu seinem frühen und einsamen Tod. Wer war dieser talentierte Politiker, der es 1934 schaffte, dem Freisinn den Ständeratssitz zu entreißen – wenn auch nur für ein Jahr?

Der Weg zur Mission

Pfarrer Sonderegger

Hans Konrad Sonderegger wurde am 10. Oktober 1891 in Heiden als sechstes Kind geboren. Sein Vater Wilhelm Sonderegger war Regierungsrat, Lehrer und Journalist beim Appenzeller An-

1 Die ausserrhodische Ständeratswahl. In: Appenzeller Zeitung vom 23.07.1934.

2 Amtsblatt des Kantons Appenzell A. Rh., Nr. 30, 25.07.1934, S. 463.

3 www.parlament.ch/de/ratsmitglieder (01.08.2016).

4 Die Freisinnig-demokratische Partei von Appenzell A. Rh. nannte sich von 1918–1946 Fortschrittliche Bürgerpartei. Siehe bei Walter Schläpfer: Appenzeller Geschichte, Bd. 2. Appenzell Ausserrhoden von 1597 bis zur Gegenwart. Herisau 1972, S. 593 und 617.

5 Amtsblatt des Kantons Appenzell A. Rh. (wie Anm. 2): 10 083 Männer mit zurückgelegtem 20. Altersjahr stimmten ab, die Wahlbeteiligung lag bei 75 Prozent: Sonderegger erhielt 4833 Stimmen, Altherr 4120 Stimmen, 42 Stimmen gingen an andere Kandidaten, 790 Männer legten leer ein, 298 Wahlzettel waren ungültig. Stimmberechtigt waren 13 444 Männer.

6 Die Sozialdemokraten beschlossen Stimmfreigabe. Ständeratswahl. In: Säntis, Volksblatt für den Kanton Appenzell und dessen Umgebung. Amtliches Publikationsorgan für die Gemeinde Teufen, 19.06.1934.

7 Alfred Bollinger war in Personalunion Redaktor der freisinnigen Appenzeller Zeitung und Aktuar der freisinnigen Kantonalpartei. Niemand habe «mit grösserem Engagement in seiner Zeitung gegen Sonderegger gekämpft» als er, schreibt Walter Schläpfer: Pressegeschichte des Kantons Appenzell Ausserrhoden. Herisau 1978, S. 235.

– Artikel zum Wahlkampf: Ein letztes Wort zur Ständeratswahl. In: Appenzeller Zeitung, 20.06.1934. Kampf der Schwundgeldwirtschaft

In: Appenzeller Zeitung, 18.07.1934. Gesells Freiwirtschaftslehre im Lichte der Kritik. In: Appenzeller Zeitung, 20.07.1934. Saubere Politik! In: Appenzeller Zeitung, 21.07.1934.

8 Siehe Amtsblatt (wie Anm. 2 u. 5).

9 Feier zu Ehren Dr. Sondereggers in Heiden. In: Säntis, 24.07.1934.

10 «Die Heidler haben einen nicht mehr gegrüsst. Das ist schlimm gewesen.» Die Affäre sei eine «wahn-sinnige Belastung für die ganze Familie» gewesen. – Interview mit Hans Konrad Sonderegger jun. vom 23.06.2006. In: Yves Demuth: Der «Fall Sonderegger». Von der Affäre um den ersten freiirtschaftlichen Bundespolitiker H. K. Sonderegger 1943. Lizentiatsarbeit Freiburg 2007 [Typoskript, u.a. in Kantonsbibliothek Appenzell Ausserrhoden], S. 166.

11 Siehe den Beitrag von Christof Wamister in diesem Band, S. 82–100.

12 Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. Les Hauts Geneveys 1916.

13 Demuth, Der Fall Sonderegger (wie Anm. 10), S. 12–14.

14 Hanspeter Spörri: Kämpferische Zeiten. Wie der Wille zur freien Meinung radikalisiert. In: Gottlieb F. Höpli u.a. (Hrsg.): Teufen. St. Gallen 2014, S. 92–106, hier S. 92–101.

15 Annina Belz-Sonderegger: Erinnerungen an meinen Vater HKS. In: Schweizer Jahrbuch für Politik und Kultur 1970, S. 20–48, hier S. 27.

16 Die Amtsblätter des Kantons Appenzell A. Rh. 1930–1934 vermelden auffällig oft Konkurse in den Berufsgruppen Sticker, Landwirte, Weber und Wirte. Betroffen waren auch zahlreiche andere Berufe wie Metzger, Handlanger, «Witwe», Taglöhner, Hausierer, Fabrikant, Mechaniker, Naturarzt, Fuhrhalter, Coiffuremeister, Pächter oder Schmiedmeister.

zeiger, seine Mutter war Susanna Sonderegger-Rhyner. Von den acht Geschwistern Oswald, Wilhelm, Emma, Susi, Anneli, Hans Konrad, René und Heinrich machte insbesondere sein acht Jahre jüngerer Bruder René als Frontenführer und Verleger von sich reden.¹¹ Sonderegger besuchte von 1907–1911 die Kantonschule Trogen und studierte anschliessend Theologie an der Universität Basel und während zweier Semester in Marburg, Deutschland. Nach der Beendigung seines Studiums nahm er 1916 eine Stelle als protestantischer Pfarrer in den romanischen Gemeinden Lavin und Guarda im Unterengadin an. Binnen kürzester Zeit lernte HKS ladinisches Romanisch. Er predigte in dieser Sprache und verfasste ladinische Zeitungsartikel. In Lavin lernte er auch seine Frau Maria Clavuot kennen, die einem wohlhabenden Bauerngeschlecht entstammte. Zusammen hatten sie vier Kinder.

Dr. Sonderegger

Die Bekanntschaft mit dem Freiwirtschafter und Lebensreformer Werner Zimmermann (1893–1982) veränderte das Leben des jungen Pfarrers nachhaltig. Er verschlang das Begründungswerk der Freiwirtschaftslehre, Silvio Gesells «Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld»¹², und erkannte darin ein neues Evangelium. Der 29-Jährige fühlte sich im Gewand des protestantischen Pfarrers zunehmend unwohl und wollte politisch wie publizistisch aktiv werden. So entschloss er sich 1920 zu einem zweiten Studium der Rechtswissenschaften, das er nach drei Jahren mit einem Doktortitel abschloss.¹³ 1924 siedelte Sonderegger mit seiner nur romanisch sprechenden Familie nach Teufen über. Er arbeitete als Anwalt, schrieb für die Lokalzeitung «Säntis» und mischte sich in die lokale und kantonale Politik ein.¹⁴ 1926 wurde er Gemeinderat und Mitredaktor der Zeitung «Landschäftler» in Liestal. Von Teufen aus sendete er gepfefferte Leitartikel nach Baselland, die ihn dort bekannt machten. 1927, nach der Geburt des vierten Kindes, zog die Familie Sonderegger nach Heiden in die frühere Dépendance des Hotels Freihof, die «Rose», und HKS eröffnete dort erneut eine Anwaltskanzlei.¹⁵

Die Wirtschaftskrise ebnet das Terrain

Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 und der überbewertete Franken verschärften die Situation der bereits seit Jahren kriselnden Ausserrhoder Textilindustrie. Die Arbeitslosigkeit stieg nochmals an, die Bevölkerung schrumpfte und zahlreiche Kleinbauern und Heimweber mussten Konkurs anmelden.¹⁶ Die Stickereiindustrie sowie die Plattstich- und Seiden-

beuteltuchweberei kämpften gegen einen massiven Absatzeinbruch. Zwischen 1930 und 1934 schlossen jährlich acht bis zwölf Ausserrhoder Textilbetriebe ihre Tore. Das rief «Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung» hervor.¹⁷ Die Kantonsregierung begegnete der Krise mit einem noch haushälterischeren Umgang mit den knappen finanziellen Mitteln und mit besorgten Worten.¹⁸ Die zahlreichen Betroffenen warfen der tonangebenden Fortschrittlichen Bürgerpartei vor, nichts gegen die Krise zu unternehmen.¹⁹ Sondereggers Vorstösse im Kantonsrat für eine «angemessene» Senkung des Zinses für die Dauer der Wirtschaftskrise bei den «bedrückten Schuldern»²⁰ oder für die Begrenzung des Zinses bei grundstückbesicherten Schuldscheinen (Appenzellerzedel) auf vier Prozent²¹ fanden im Kantonsparlament kein Gehör. Die Ablehnung seiner populären Krisenrezepte prangerte Sonderegger als Redaktor an. Unter dem Kürzel «Dr. S.» berichtete er im «Säntis», dem «Volksblatt für den Kanton Appenzell und dessen Umgebung», mit spitzer Feder über die Machtspiele innerhalb der dominierenden Fortschrittlichen Bürgerpartei, kritisierte internationale Ereignisse wie die Macht ergreifung der Nationalsozialisten oder regte sich masslos auf über die in seinen Augen konzeptlose Krisenpolitik des Bundesrates. Diese zu korrigieren mittels frei wirtschaftlichen Rezepten war sein vornehmlichstes Ziel, weshalb er auch im Kantonsrat erfolglos eine Intervention der Kantonsregierung in Bern forderte.²²

Ungestümer Drang zur Macht

HKS brachte zu Beginn der 1930er Jahre das Machtgefüge im krisengeschüttelten Ausserrhoden ins Wanken. Als angriffiger und kämpferischer Politiker, talentierter Journalist und feuriger Volksredner erregte er Aufsehen. Der kluge Schreiber griff mit heftigen Leitartikeln seine Gegner auf kantonaler wie nationaler Ebene frontal an. Zwar blieben seine Salven nicht ungehört, doch HKS wollte nicht nur kritisieren, sondern seine Ideen umsetzen und drängte deshalb an die Schalthebel der Macht. «Selbstverständlich» hatte Sonderegger «nicht die Geduld, ruhig zu warten, bis er nach den damaligen Vorstellungen der Partei gremien für ein kantonales Amt alt genug war.»²³ Statt des ange strebten Regierungsratssitzes, den er bloss knapp verpasste, eroberte Sonderegger an der Landsgemeinde von 1929 einen Sitz im Obergericht. Diesen gab er aber bereits 1932 wieder ab.²⁴ 1931 nahm er auf der «Unabhängigen Liste» erfolglos an den Nationalratswahlen teil, woraufhin er im «Säntis» ankündigte, der Appenzeller Politik künftig fern zu bleiben. Doch bereits 1933 liess sich Sonderegger in den Kantonsrat abordnen, und an der Landsgemeinde 1934 war er erneut erfolgloser Regierungsratskandidat.²⁵

17 Walter Schläpfer: Wirtschaftsgeschichte des Kantons Appenzell Ausserrhoden bis 1939. Gais 1984, S. 400–419.

18 «So erfüllt uns [...] die schwierige Lage von vielen unserer Kleinbauern, welche auf die Heimindustrie angewiesen sind, mit grosser Sorge», sagt Landammann Walter Ackermann im Kantonsrat am 1. Juni 1934. Siehe Amtsblatt des Kantons Appenzell A. Rh., Nr. 23, 06.06.1934, S. 349.

19 Ebd.

20 Amtsblatt des Kantons Appenzell A. Rh., Nr. 14, 04.04.1934, S. 177.

21 Amtsblatt des Kantons Appenzell A. Rh., Nr. 5, 31.01.1934, S. 71f.

22 Amtsblatt des Kantons Appenzell A. Rh., Nr. 49, 06.12.1933, S. 682f.

23 Schläpfer, AG II (wie Anm. 4), S. 607.

24 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 1 Biographie.

25 Ebd., 1.1 und 2.2. – Siehe auch Schläpfer, AG II (wie Anm. 4), S. 606–609.

Mit Feuereifer für die Freiwirtschaft

Freiwirtschafter im Appenzellerland

26 Freiwirtschaftliches Archiv, c/o Claude Million, Breisacherstrasse 25, 4057 Basel. Akten Schwarz. Mitgliedsverzeichnisse 1933–1935. Liste der Ortsgruppenvorstände des SFB vom Februar 1934.

27 Präsident Viktor Bischof.

28 Präsident Ernst Rutz.

29 Präsident Ernst Niederer, Elektriker.

30 Präsident Jakob Sturzenegger, Stickfachlehrer.

31 Präsident Johannes Eisenhut, Landwirt.

32 Präsident Heinrich Rohner.

33 Präsident Hans Mittelholzer, Schneidermeister.

34 Präsident Eugen Ilg, Kaufmann.

35 Präsident G. Luder, Zahnarzt.

36 Präsident Christian Hitz.

37 Präsident H. Spross, Lehrer.

38 Freiwirtschaftliches Archiv (wie Anm. 26). Korrespondenz mit den Ortsgruppen in Ausserrhoden.

39 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 1 Biographie.

Sonderegger konnte in Appenzell Ausserrhoden auf eine grössere Gruppe von freiwirtschaftlichen Bundesgenossen zählen. 1934 existierten in der Schweiz 104 Ortsgruppen des Schweizer Freiwirtschaftsbundes²⁶. Neun davon lagen im Ausserrhoder Vorderland (Grub²⁷, Heiden²⁸, Lachen-Walzenhausen²⁹, Lutzenberg³⁰, Rehetobel³¹, Reute, Wald³², Wienacht-Tobel³³ und Wolfhalden³⁴), eine im Mittelland (Teufen³⁵) und zwei im Hinterland (Herisau³⁶, Urnäsch³⁷). Nur in den Kantonen Bern, Zürich und St. Gallen gab es noch mehr freiwirtschaftliche Ortsgruppen, in Innerrhoden keine einzige. Die kleinste Ortsgruppe in Waldstatt hatte vier Mitglieder, die grösste in Heiden 45. Besonders zahlreich vertreten waren Landwirte, Sticker und Seidenweber. Aber auch Handwerker, Lehrer, kaufmännische Angestellte, technische Zeichner, Architekten, Post- und Bahnbeamte, Wirte oder vereinzelte Arbeiter machten in den Ausserrhoder Ortsgruppen mit.³⁸ Dennoch waren die Freiwirtschafter in Ausserrhoden eine Gruppe von Aussenseitern, die lange belächelt wurden.

Von Bürgerlichen und von Sozialdemokraten bekämpft

Das Gefühl, von den bürgerlichen Eliten nicht gebührend ernst genommen zu werden, hatte Sonderegger bereits in jungen Jahren. Dass die bürgerliche Zeitung «Fögl d’Engadina» seine freiwirtschaftlichen Artikel sehr zurückhaltend aufgenommen hatte, verstand er als grosse Ungleichbehandlung. HKS sah in der liberalsozialistischen Freiwirtschaftslehre die einzige richtige Methode zur Lösung der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre und wurde zu einem der prominentesten Vertreter dieser Ideologie. Formell trat Sonderegger 1931 dem Schweizerischen Freiwirtschaftsbund SFB bei.³⁹ Dieser wurde sowohl von den Sozialdemokraten wie von den Bürgerlichen bekämpft. Die Freiwirtschafter glaubten, mit einem Schwundgeld-System (Freigeld) und einer Bodenreform (Freiboden) den Konjunkturverlauf verstetigen zu können und damit Krisen und Booms aus der Welt zu schaffen. Sie forderten, dass die Banknoten kontinuierlich an Wert verlieren sollten. Je länger ein Geldschein im Umlauf wäre, desto geringer sollte sein Nennwert sein. Diese künstliche Deflation sollte dazu führen, dass niemand Geld hortete und die Wirtschaft durch stetigen Konsum im Gleichgewicht gehalten würde. Geld sollte zum reinen Zahlungsmittel werden und nicht mehr zum Sparen taugen. Der Zins würde abgeschafft und die Schuldner entlastet. Um zu verhindern, dass Vermögende ihr Geld wegen der Zinsabschaffung in Boden und Immobilien investierten, wollten die Freiwirtschafter gleichzeitig den Boden verstaatlichen. Grundeigentum sollte nur vom Staat

gepachtet werden können. In einer auf Wettbewerb ausgerichteten zinsfreien Wirtschaft würde jeder, der genug fleissig ist, sein gerechtes Einkommen finden, so die Theorie.

Im Aufwind nach Abwertung des Frankens

Als erstes wollten die Schweizer Freiwirtschafter den Goldstandard des Schweizer Frankens aufheben, dadurch die zu starke Währung abwerten und der Exportindustrie zu mehr Aufträgen verhelfen. Sie versprachen sich davon die Überwindung der Krise. Der Bundesrat hielt jedoch lange am überbewerteten Franken fest und setzte auf eine Abbaupolitik, die zu Lohn- und Preissenkungen führte. Kleinlandwirte und Heimweber verdienten dadurch bei gleichem Arbeitsaufwand weniger, während ihre Schulden gleich hoch blieben. Die Abwertung des Frankens war deshalb eine populäre Forderung, die den Freiwirtschaftern erheblichen Zulauf bescherte in Gebieten mit exportabhängigen Kleinproduzenten wie Ausserrhoden oder Baselland. Im Nachhinein haben die Freiwirtschafter in diesem Punkt Recht bekommen. Mit der Aufgabe des Goldstandards durch den Bundesrat am 26. September 1936 wertete sich der Franken um rund 30 Prozent ab und die Wirtschaft begann sich zu erholen. Die Abkehr vom Goldstandard feierten die Freiwirtschafter als Beleg für die Richtigkeit ihrer gesamten Theorie.⁴⁰

Im Visier der Behörden

In den 1930er Jahren trugen der Freiwirtschaftsbund und die Nationalbank unzimperliche verbale Gefechte aus. Sonderegger forderte etwa von Bundesrat und Finanzminister Jean-Marie Musy eine Konferenz zur Abwertung des Schweizer Frankens mit Teilnahme von Freiwirtschaftern.⁴¹ Gottlieb Bachmann, Präsident des Nationalbank-Direktoriums, lehnte ein Treffen mit Freiwirtschaftern jedoch vehement ab. Er rief den Bundesrat 1933 gar dazu auf, die Freiwirtschaftslehre für verfassungswidrig zu erklären und Freiwirtschafter für ihre Verbalattacken gegen die Nationalbank hart zu rügen. Bachmann versuchte, die Bundesanwaltschaft gegen den Freiwirtschaftsbund vorgehen zu lassen, was diese jedoch ablehnte.⁴² Hingegen verhängte die Bundesanwaltschaft Einreisesperren gegen die zwei populären österreichischen Freiwirtschafter Michael Unterguggenberger und Johannes Ude.⁴³

Sonderegger profilierte sich in diesen Jahren als mitreissender Redner an den immer häufiger stattfindenden Massenveranstaltungen und Vortragsabenden in der Deutschschweiz. Der Freiwirtschaftsbund SFB erfuhr ab 1933 zeitgleich mit den frontistischen Bewegungen eine erhebliche Vergrösserung des Sympathisantenkreises und steigerte seine Aktivitäten merklich. Die Jugendorganisation Inwo⁴⁴ entstand, Sonderegger gründete

40 Markus Schärrer: Geld- und Bodenreform als Brücke zum sozialen Staat. Die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung in der Schweiz (1915–1952). Zürich 1983, S. 228–232.

41 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 4.2.496 Brief Sonderegger an Musy vom 21.04.1933.

42 Demuth, Der Fall Sonderegger (wie Anm. 10), S. 24f.

43 Ebd.

44 Ebd. – Aus dem 1932 im Kantonalverband Zürich gegründeten «Jugendbund für eine natürliche Wirtschaftsordnung (Inwo)» entstand eine freiwirtschaftliche Jugendbewegung.

45 Die Freischaren waren frontistischen Gruppierungen nachempfunden. Sie schworen dem nationalen «Freischarenführer» Sonderegger Gehorsam und sollten die kämpferische Vorhut der Freiwirtschaft bilden. Tatsächlich umfassten die Freischaren jedoch bloss die besonders aktiven SFB-Mitglieder der einzelnen Ortsgruppen, die sich um administrative und organisatorische Belange kümmerten. – Demuth, Der Fall Sonderegger (wie Anm. 10), S. 23.

46 Schärrer, Geld- und Bodenreform (wie Anm. 40), S. 158–163.

47 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 4.2.498 Brief Sonderegger an Herrmann Obrecht vom 09.09.1935.

48 Amtsblatt des Kantons Appenzell A. Rh., Nr. 44, 30.10.1935, S. 642: Stimmberchtigte: 13 611, eingegangene Wahlzettel: 10 584, Stimmbeiligung: 77,76 Prozent, absolutes Mehr: 5010, Ackermann: 5102 Stimmen, Sonderegger 4803 Stimmen, Andere 113 Stimmen, leer 546 Stimmzettel, ungültig 20 Stimmzettel.

49 Ebd.

50 Schläpfer, AG II (wie Anm. 4), S. 608. Amtsblatt des Kantons Appenzell A. Rh. (wie Anm. 48), S. 640f.

51 Nach der Wahl. In: Säntis, 01.11.1935.

52 Nicht ganz freiwillig; siehe Spörri, Kämpferische Zeiten (wie Anm. 14), S. 100.

53 Zur Einführung. In: Der Demokrat, 21.03.1936.

freiirtschaftliche Freischaren⁴⁵, das ehemalige kleine SFB-Grüppchen wurde zu einer ansehnlichen Organisation.⁴⁶ Im bürgerlich dominierten Ständerat erregte Sonderegger mit seinen freiirtschaftlichen Ausführungen zwar erhebliches Aufsehen. Seine Vorstöße blieben indes erfolglos. Von der politischen Einflussnahme blieb der fraktionslose Sonderegger trotz intensiven Bemühungen ausgeschlossen. Zwar wurde ihm von Bundesrat und Volkswirtschaftsminister Herrmann Obrecht Anfang September 1935 in einer Unterredung einiges Verständnis für seine Ideen entgegengebracht, doch blieben das Gespräch und ein darauf folgender Briefwechsel ohne Resultat.⁴⁷

Polemik und Politik

Nach einem Jahr abgewählt

Das Festhalten am Goldstandard und überbewerteten Franken verlängerte die Wirtschaftskrise. Das half dem aggressiven Nationalbankkritiker Sonderegger zwar, dennoch verpasste er die Wiederwahl als Ständerat am 27. Oktober 1935 um 299 Stimmen.⁴⁸ Sonderegger hatte bereits nach einem Jahr erneut antreten müssen, da er 1934 bei einer ausserordentlichen Ersatzwahl gewählt worden war. Der populäre Landammann Walter Ackermann schaffte mit 50,9 Prozent Wähleranteil den Sprung in den Ständerat im ersten Wahlgang.⁴⁹ Den Freisinnigen gab der knappe Sieg zu denken. So fand bei den gleichzeitig stattfindenden Nationalratswahlen ein Linksrutsch statt: Neun Ausserrhoder Gemeinden stimmten mehrheitlich sozialdemokatisch, die Liste der Freiwirtschafter und Sozialdemokraten war nahezu gleich stark wie die Liste der Fortschrittlichen Bürgerpartei. Sozialdemokraten und FDP behielten je einen Nationalratsplatz.⁵⁰

Erfolg mit eigener Zeitung «Der Demokrat»

Sonderegger führte seine knappe Abwahl auf das «Geschrei gegen den bösen Freiwirtschafter» zurück, meinte jedoch, er sei «wie eine Katze auf die Füsse gefallen»⁵¹. Klein Beigeben war seine Sache nicht. Einen Monat später gab er seine redaktionelle Tätigkeit für den «Säntis» auf⁵² und gründete 1936 in Heiden seine eigene Zeitung «Der Demokrat». In der Erstausgabe vom 21. März 1936 umriss Sonderegger das Ziel seiner Publikation: Die politische Demokratie habe ihre ursprüngliche Freiheit dem Geld geopfert und sei eine «unpersönliche Aktiengesellschaft geworden, die den Nutzniessern der Macht reiche Erträge an Gütern und Ehren» abwerfe «und das Volk in der Krise verkommen» lasse. Dies gelte es zu bekämpfen, und die sinnentleerten Grundgedanken der Demokratie, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit wieder zu füllen.⁵³ Der ehe-

malige Pfarrer bezeichnete den «Demokrat» später als «meine Kanzel».⁵⁴ In seinem freiirtschaftlichen Blatt mit Ausserrhoder Lokalteil teilte er kräftig aus und wurde im Gegenzug heftig attackiert. Die NZZ rechnete beispielsweise mit ihm unter dem Titel «Eine traurige Gestalt» ab: Der «Demokrat» aus Heiden und der «Landschäftler» aus Liestal seien zum «Tummelplatz» des «Wunderdoktors» mit «demagogischem Temperament» verkommen, den «Freigeldapostel» zeichne «Hemmungslosigkeit und Überheblichkeit» aus.⁵⁵

Überraschende Wahl zum Nationalrat im Baselbiet

HKS betätigte sich nach seiner Abwahl als Ständerat zwar weiterhin als Anwalt, doch seine Haupttätigkeit war der Journalismus mit Fokus auf die Verbreitung freiirtschaftlicher Reformideen. In den von Hitler stark beeinflussten 1930er Jahren trat er energisch für liberale Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit ein. Die faschistischen und kommunistischen Diktaturen als politische Systeme bekämpfte Sonderegger vehement.⁵⁶ Die Novemberpogrome («Reichskristallnacht») verurteilte er aufs Schärfste⁵⁷, die erste Grenzschliessung für Flüchtlinge nannte er eine «Schande für die Schweiz».⁵⁸ HKS betrachtete jedoch den Nationalsozialismus in wirtschaftlichen Belangen als innovativ und lobte die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen Hitlers.⁵⁹ Von seinem irrlichernden Bruder René distanzierte er sich jedoch deutlich.⁶⁰

Sein mit missionarischem Eifer verfolgtes Hauptthema war indes die Einführung einer freiirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. «Der Demokrat» wurde binnen eines Jahres zur zweitgrössten Zeitung des Kantons und entfaltete seine Wirkung über die Kantongrenzen hinaus.⁶¹ Politisch bewahrte sich Sonderegger innerhalb des Freiwirtschaftsbunds eigene Positionen, näherte sich punktuell dem Landesring der Unabhängigen von Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler an und befreundete sich mit den linksfreisinnigen Demokraten.⁶² Wiederwahlchancen rechnete sich Sonderegger 1939 sowohl im Baselbiet wie in Appenzell Ausserrhoden aus. In Ausserrhoden kandidierte er erneut für den Ständerat – trotz Unterstützung von Sozialdemokraten, Gewerkschaften und den freien Demokraten erfolglos.⁶³ Walter Ackermann verwies Sonderegger mit 6683 zu 3083 Stimmen klar auf den zweiten Platz.⁶⁴ Bei den Nationalratswahlen von 1939 schnitt der Freiwirtschaftsbund in den meisten Kantonen ähnlich kläglich ab wie vier Jahre zuvor.⁶⁵ In Baselland aber gewann Sonderegger ein Nationalratsmandat.⁶⁶ Dem brillanten Redaktor, der nie im Baselbiet wohnte, gelang es, eine Lesergemeinde aufzubauen, die seine politische Meinung schätzte.⁶⁷ Als charismatischer Führer der Baselbieter Bewegung war HKS zudem seit 1932 einer der Stammredner an freiirtschaftlichen

54 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 4.2.483 Brief Sonderegger an Konrad Ilg vom 17.07.1941.

55 Eine traurige Gestalt. In: NZZ, 15.10.1936, Morgenausgabe.

56 National-Bolschewismus. In: Der Demokrat, 23.07.1938.

57 Barbaren. In: Der Demokrat, 12.11.1938.

58 Das Unbegreifliche. In: Der Demokrat, 25.08.1938. Die Massnahme bedeute «die vollständige Preisgabe des schönsten und edelsten Grundgedankens der Schweiz, die Preisgabe der Menschlichkeit und des Asylrechtes.» Damit nehme die Schweiz die «Schande auf sich [...], Helfershelfer der deutschen Barbarei und der furchterlichsten Menschenverfolgung unserer Zeit zu sein.» Bis 1943 revidierte Sonderegger jedoch seine Haltung in der Flüchtlingsfrage in wesentlichen Punkten und vertrat, wie zahlreiche andere Politiker und Parteien, einen tendenziell versöhnlichen Kurs mit dem mächtigen, nationalsozialistischen Regime. Vgl. Demuth, Der Fall Sonderegger (wie Anm. 10), S. 42.

59 Zeichen der Zeit. In: Der Demokrat, 10.05.1938.

60 Umfall oder Abrechnung. In: Der Demokrat, 20.07.1940. Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 1.1.1 Brief H. K. Sonderegger an René Sonderegger vom 19.06.1940. – Siehe auch den Beitrag von Christof Wamster in diesem Band, S. 82–100.

61 Schläpfer, Pressegeschichte (wie Anm. 7), S. 243.

62 Demuth, Der Fall Sonderegger (wie Anm. 10), S. 36.

63 Der Seidenweber. In: Der Demokrat, 24.10.1939.

64 Schläpfer, AG II (wie Anm. 4), S. 608.

65 Wähleranteile freiirtschaftlicher Listen der Nationalratswahlen

1935: 2,7% Zürich, 2,5% Bern, 3,0% Basel-Stadt, 11,3% Basel-Landschaft (ohne Sonderegger). 1939: 2,7% Zürich, 2,7% Bern, keine Teilnahme in Basel-Stadt, 16,7% Basel-Landschaft. Siehe Bundesblatt 1935 II, S. 679–753 und Bundesblatt 1939 II, S. 675–731. Schärer, Geld- und Bodenreform (wie Anm. 40), S. 145–277.

66 Ebd.

67 Sibylle Rudin-Bühlmann: Und die Moral von der Geschicht', Parteiparole halt ich nicht. Parteigründungen im Baselbiet zwischen 1905 und 1939. Liestal 1999 (Quellen und Forschungen zur Geschichte und Landeskunde des Kantons Basel-Landschaft 71), S. 449.

68 Schärer, Geld- und Bodenreform (wie Anm. 40), S. 229.

69 Bundesblatt 1939 II, S. 706–709.

70 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 2.4.1 Brief Sonderegger an Bratschi vom 13.06.; Bratschi an Sonderegger vom 17. und 24.06.; Sonderegger an Schmid vom 02. und 30.07. sowie 01.08.; Sonderegger an Gadien vom 04.07.; Schmid an Sonderegger vom 28. und 31.07.1940.

71 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger 2.4.1 Brief Schmid an Sonderegger vom 28. und 31.07.; Sonderegger an Schmid vom 30.07. und 01.08.1940.

72 Ebd.

73 Jakob Tanner: «Die Ereignisse marschieren schnell». Die Schweiz im Sommer 1940. In: Geschichte und Gesellschaft, Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 19: Strukturen und Ereignis. 2001, S. 257–285, hier S. 259.

74 Christian Werner: Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz 1928–1947. Zürich 2000, S. 260–281.

75 Tanner, Ereignisse (wie Anm. 73), S. 274f.

Versammlungen, die wie in Appenzell Ausserrhoden oft mehrere Hundert Besucher anzogen.⁶⁸ Die freiirtschaftliche Liste mit Sonderegger an der Spitze erzielte hinter der sozialdemokratischen und der freisinnigen am drittmeisten Stimmen.⁶⁹ Der populäre Volkstribun und Verleger Sonderegger war auf dem Zenit seiner Macht angelangt.

Tiefer Fall und tragischer Tod

Machteroberungsglüste im Bundeshaus

Im Nationalrat knüpfte Sonderegger Kontakte zu ähnlich gesinnten Politikern, blieb aber als einziger Freiwirtschafter isoliert. Sein grosses Interesse weckten die Bundesratsersatzwahlen vom Juli 1940. HKS sah in diesen Wahlen die einmalige Chance für eine machtpolitische Wende. Zwischen Juni und Juli 1940 versuchte er hierfür Allianzen zu schmieden und wandte sich an seinen freiirtschaftlichen Gesinnungsfreund Werner Schmid, an den SP-Nationalrat Robert Bratschi und an Andreas Gadien, Nationalrat der Bündner Demokraten.⁷⁰ Sein Plan: Die Bundesräte Rudolf Minger (BGB, Bern) und Johannes Baumann (FDP, Appenzell Ausserrhoden) durch öffentlichen Druck zum Rücktritt zwingen und als Nachfolger Bratschi, Gadien oder sich selbst ins Amt hieven. Mit der publizistischen Kraft der Presseorgane der drei Parteien sei dies möglich, glaubte Sonderegger. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs und der anpasserischen Rede des Bundesrats Ende Juni wurden Sondereggers Pläne noch radikaler. Nur er selbst wäre geeignet, ein umgebildetes «Kabinett» anzuführen.⁷¹ Nur ein per Dekret regierender «Diktator HKS», wie sich Sonderegger in Anführungszeichen nannte, könne jetzt die Unabhängigkeit der Schweiz wahren – dank freiirtschaftlichen Reformen und wirtschaftlichen Konzessionen gegenüber Deutschland und Italien.⁷² Die drei Briefempfänger nahmen Sondereggers Ideen nicht sonderlich ernst und antworteten ablehnend oder gar nicht. Sondereggers Machtergreifungsfantasien waren kein Einzelfall: Der Historiker Jakob Tanner bezeichnet das Jahr 1940 als «labilstes» Jahr der modernen Schweiz nach 1918, ein Jahr mit «defätistischen Tendenzen und verschwörerischen Bestrebungen».⁷³ Exponenten des Gotthardbunds, einer Gruppe von Männern verschiedener politischer Richtungen und geistiger Strömungen, mehrheitlich aus dem grossbürgerlichen Milieu unter explizitem Ausschluss von Juden und Freimaurern, forderten beispielsweise in einem Briefentwurf an den Bundesrat die Absetzung zweier Bundesräte.⁷⁴ Die Verfasser der «Eingabe der 200» diskutierten an einer Versammlung im Juli 1940, ob «über Druck und eventuelle Gewaltmittel» neue Bundesräte eingesetzt werden könnten.⁷⁵

Landesverrats-Vorwurf führt zu heftiger Schlammschlacht

Der heisse Sommer ging vorüber und die Schweiz arrangierte sich mit den Achsenmächten, ohne dass es zu einem Machtwechsel kam. Für Sonderegger blieben alte Feinde bestehen: Nationalbank-Direktor Gottlieb Bachmann gelangte zwischen 1941 und 1942 mehrmals an Justizminister Eduard von Steiger, um ihn für ein juristischen Vorgehen gegen die «Freigeldler» zu gewinnen – ohne Erfolg.⁷⁶

Doch neue Feinde kamen hinzu: Sonderegger liess sich von der Parteileitung des Schweizerischen Freiwirtschaftsbunds SFB immer weniger sagen, was einstige Parteifreunde wie Werner Schmid wütend machte. Die Umgestaltung der SFB-Zeitung «Freies Volk» fasste HKS als Angriff auf seinen «Demokrat» auf, woraufhin im Bundesvorstand die Fetzen flogen. Erst drohte Sonderegger mit Austritt, dann wollte ihn der Bundesvorstand loswerden.⁷⁷ Werner Schmid las an der Delegiertenversammlung der Freiwirtschaftschafter 1942 aus den erwähnten Briefen des Jahres 1940 vor, um Sonderegger als Antidemokraten zu brandmarken und seinen Parteiausschluss zu erwirken. HKS verteidigte sich eloquent und die Delegierten wählten sowohl Schmid als auch Sonderegger aus dem Vorstand ab, der Machtpoker blieb vorerst unentschieden.⁷⁸

Im März 1943 übergab Schmid schliesslich die Briefe dem Chef der Bundespolizei – in der Hoffnung, Sonderegger damit zu erledigen und eine Spaltung des Freiwirtschaftsbundes zu verhindern.⁷⁹ Sonderegger trat in der Folge aus dem Freiwirtschaftsbund aus. Im Juni gelangten die Briefe an die Presse und Sonderegger wurde als Landesverräter medial hingerichtet. Die Mehrzahl der Zeitungen geizte nicht mit Häme und Beleidigungen, nannte Sonderegger einen Putschisten, Umgefallenen oder Frontistenfreund und forderte seinen Rücktritt und seine juristische Verurteilung.⁸⁰ Andere verteidigten ihn, so der Appenzeller Major Hans Hausamann, der im gleichen Zug den angeblich wahren Schuldigen, den anpasserischen Bundesrat Marcel Pillet-Golaz, attackierte.⁸¹ HKS beteuerte seine Aufrichtigkeit, verteidigte sich ausführlich im «Demokrat», verzichtete zwar vorübergehend auf die Teilnahme an der Nationalratssession, lehnte einen Rücktritt aber klar ab.⁸² Die Affäre nahm ihn stark mit, auch wenn ihn die Ortsgruppen in Ausserrhoden und in Basel-Land stützten. Der Höhepunkt: Justizminister Eduard von Steiger las im Nationalrat in ironischem Ton aus den Briefen vor und gab Sonderegger damit der Lächerlichkeit preis, ohne dass dieser ans Rednerpult treten und sich verteidigen konnte.⁸³

Die Bundespolizei hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Entwarnung gegeben und festgestellt, dass Anhaltspunkte dafür, dass eine rechtswidrige Umbildung des Bundesrats beabsichtigt gewesen wäre, nicht vorlägen.⁸⁴ Auch Bundesanwalt Franz

76 Schweizerisches Bundesarchiv (CH-BAR), E 4001(C), Akz. -/1, Aktenzeichen 0315, Bd. 221, Freies Volk, Angriffe gegen die Nationalbank.

77 Schärrer, Geld- und Bodenreform (wie Anm. 40), S. 277–282. Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 2.5.1 Vorträge, «Weissbuch Schmids zu den Streitigkeiten», Zusammenstellung der Korrespondenz unter den Bundesvorständen.

78 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 2.4.2 Akten zur Untersuchung der Bundesanwaltschaft, Einvernahmeprotokoll Schmid vom 09.06.1943.

79 Ebd.

80 Abschied vom Freiwirtschaftsbund. Seine wahren Ursachen. In: Solothurner Zeitung, 07.06.1943. Dr. Sondereggers Briefe. In: NZZ, 08.06.1943, Abendausgabe. M. Sonderegger gravement compromis. In: Journal de Genève, 08.06.1943. Sondereggers Staatsstreichpläne. In: Solothurner Zeitung, 09.06.1943.

81 «Wenn das, was Dr. Sonderegger schrieb, ausreichte, dass sich die Bundesanwaltschaft mit ihm befasst, dann muss diese auch andern Vorgängen des Jahres 1940 ihre Aufmerksamkeit zuwenden.» Zitiert nach Erwin Bucher: Zwischen Bundesrat und General. Schweizer Politik und Armee im Zweiten Weltkrieg. Zürich 1993, S. 194.

82 Demuth, Der Fall Sonderegger (wie Anm. 10), S. 101–114.

83 Schweizerisches Bundesarchiv (CH-BAR), E 1301 (-), Akz. 1960/51, Bd. 357, Protokolle der Session vom 20.–30.09.1943, S. 297–309.

84 Schweizerisches Bundesarchiv (CH-BAR), E 4001 (C), Akz. -/1, Bd. 221. Aufzeichnung der Justizabteilung i.S. H. K. Sonderegger, 02.06.1943.

85 «Es bestehen keine Anhaltpunkte für die Annahme, dass Sonderegger irgendwelche Anstalten zur Verwirklichung seiner Pläne getroffen hätte. [...] Die Tatsache, dass er sich als Bundesrat portieren lassen wollte, kann nicht als Vorbereitung für rechtswidrige Veranstaltungen angesehen werden. [...] Nach den Motiven, die er in den Briefen [...] und in seiner Vernehmlassung anführt, darf angenommen werden, dass er in der Tat geglaubt und gehofft hat, mit seinen verworrenen Plänen das Land zu retten. [...] Die Einleitung eines Strafverfahrens erscheint mir im höchsten Grade unzweckmässig.» Schweizerisches Bundesarchiv (CH-BAR), E 4001 (C), Akz. -/1, Bd. 221, Bericht Sonderegger, 19.06.1943.

86 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 2.4.2 Akten zur Untersuchung der Bundesanwaltschaft, Bundesanwaltschaftliche Einstellungsverfügung des Ermittlungsverfahrens gegen Sonderegger, 21.07.1943.

87 Ebd.

88 Belz-Sonderegger, Erinnerungen (wie Anm. 15), S. 45.

89 Ebd.

90 Archiv für Zeitgeschichte (AfZ), Nachlass Sonderegger, 3.2.1.2 Artikel 1942-1944, Die moralische Krise, Manuskript für den «Demokrat», 25.06.1943.

91 Demuth, Der Fall Sonderegger (wie Anm. 10), S. 126f.

92 Alt-Nationalrat Dr. H. K. Sonderegger. In: Appenzeller Zeitung, 04.09.1944.

93 Altnationalrat Sonderegger. In: Die Tat, 05.09.1944.

Stämpfli erkannte in Sondereggers Briefen keine ungesetzlichen Umsturzpläne.⁸⁵ Die Bundesanwaltschaft hatte das Ermittlungsverfahren noch vor der bundesrätlichen Schmährede eingestellt, da keine Strafvergehen vorlagen.⁸⁶ Der Einstellungsentscheid wurde aus taktischen Gründen jedoch erst später veröffentlicht.⁸⁷ Offiziell blieb Sonderegger bis zum 5. Dezember 1943 Nationalrat.

Resignation und Tod

HKS war politisch erledigt, aber auch körperlich, schrieb seine Tochter über jene Zeit.⁸⁸ Einstige Freunde und Mitarbeiter zogen sich zurück, im Dorf wurde er gemieden, Sonderegger zweifelte an sich selbst und wurde zu einem gebrochenen Mann.⁸⁹ In breiten Kreisen galt er als Landesverräter oder Möchtegern-Diktator, er sah sich als Opfer einer massiven Pressekampagne gegen einen unbequemen Aussenseiter. Die Konsequenzen für seine Familie und seine Gesundheit waren erheblich: «Vielleicht geht dabei eine Familie zugrunde: ein Mann, dessen Kräfte nicht unerschöpflich sind, eine Frau, die leidet, ein Sohn, der im Grenzdienst steht und sieht, wie die Kameraden auf ihn deuten, Töchter welche ‹die Schande› des Vaters tragen müssen».⁹⁰ Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich zusehends. Im Oktober trat er eine vierwöchige Kur an, während der er auf jegliche Informationen über die Politik und den Krieg verzichtete. Er verbrachte viel Zeit in Lavin und schrieb nur noch gelegentlich für den «Demokrat», dessen Leitung seine Tochter Annina übernommen hatte. Hans Konrad Sonderegger starb am 3. September 1944 im Alter von knapp 53 Jahren auf einem Spaziergang in der Nähe von Lavin an einem Herzinfarkt.⁹¹ Er starb an gebrochenem Herzen, sollten seine Freunde später sagen. Die Presse war ob des harten Schicksalsschlags versöhnlich: «So nehmen wir von diesem bedeutenden Appenzeller Abschied, dessen ausserordentliche Talente sich an menschlichen Unzulänglichkeiten stiessen, dessen positives Wirken wir aber trotzdem nie übersehen dürfen», schrieb Alfred Bollinger in der «Appenzeller Zeitung».⁹² «Er war ein mutiger und unbestechlicher Streiter, ein blendender Journalist, ein unentwegter Kämpfer für eine schuldenlose Wirtschaft und ein überzeugter und überzeugender Mensch. All dies war er, massvoll und masslos, duldsam und als Fanatiker zugleich, so war das Recht bald mit ihm, bald wider ihn. Immer aber blieb er lebendiger denn Viele, und trotz des Zwiespalts verdient er Achtung.»⁹³